17. Wahlperiode

21.11.2019

### Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Einzelplan 06 - Ministerium für Kultur und Wissenschaft

**Berichterstatter** 

Abgeordneter Markus Weske

#### Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 06 unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

#### **Bericht**

#### A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 06 wurde vom

Hauptausschuss
 Wissenschaftsausschuss
 Vorlage 17/2738
 Vorlage 17/2674

und vom

- Ausschuss für Kultur und Medien mündlich

#### beraten.

Zu den Beratungen lag der Erläuterungsband in Vorlage 17/2361 vor. Zu den Beratungen des Ausschusses für Kultur und Medien lagen auch folgende Vorlage vor: Vorlage 17/2574 und Vorlage 17/2575. Zu den Beratungen des Hauptausschusses (Zuständigkeitsbereich Landeszentrale für Politische Bildung) lagen die Vorlagen 17/2540, 17/2580, 17/2581 und 17/2693 vor. Zu den Beratungen des Wissenschaftsausschusses lagen die Vorlagen 17/2577 bis 17/2579 vor.

- a) Der Hauptausschuss hat den Einzelplan 06 in seinen Sitzungen am 26. September 2019 und 7. November 2019 beraten und in seiner Sitzung am 19. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen insgesamt zehn Änderungsanträge der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der AfD vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/2738. Der Einzelplan 06 wurde im Fachausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.
- b) Der Wissenschaftsausschuss hat den Einzelplan 06 in seinen Sitzungen am 26. September 2019 beraten und in seiner Sitzung am 6. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen 26 Änderungsanträge lagen vor. Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus der Vorlage 17/2674. Der Einzelplan 06 wurde im Fachausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD unverändert angenommen.
- c) Der Ausschuss für Kultur und Medien hat die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 in seiner Sitzung am 26. September 2019 am 31. Oktober 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht vor. Die kulturund medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 06 wurden mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unverändert angenommen.

### B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Das Berichterstattergespräch war entbehrlich.

#### C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/2750 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 19. November 2019 abgegeben.

Änderungsanträge zum Einzelplan 06 lagen im Unterausschuss Personal nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 06 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

#### D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/8020 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/8000.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2019 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 06 befasst. Es lagen insgesamt 52 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung sowie die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

### E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 06 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion un**verändert angenommen.** 

Martin Börschel Vorsitzender

#### Anhang:

- 31 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
- 4 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und
  - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 16 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 010 Titel 422 01	Ministerium Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	Votum Hi abgelehn	
		Erhöhung des Barans		CDU SPD FDP	nein ja nein
		HH 2020 von 16.007.800 Eur um 60.000 Eur auf 16.067.800 Eur	o o	GRÜNE AfD	Enth. ja
		Begründung: Vor dem Hintergrund	d der anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2020 und der	HFA abgelehn	ıt
		erstmaligen Direktwa politischen Bildungsn	ahl des Ruhrparlamentes soll die Erhöhung des Baransatzes naßnahmen dienen. die aufsuchende Bildungsarbeit unterstützt werden und	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein Enthaltung ja

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	Kapitel 06 010 Titelgruppe 60 Titel 812 60  Reduzierung des Baran	Ministerium Bürokommunikation im Ministerium Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		von 856.800 Euro um 416.200 Euro auf 440.600 Euro	Ansatz It. HH 2019 645.200 Euro	HFA abgelehnt
		Begründung: Reduzierung auf den A	nsatz von 2017.	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	Kapitel 06 027 Titelgruppe 70 Titel 671 70  Erhöhung des Baransatze	Allgemeine Studierendenförderung Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		wirtschaftlichen und kultur auch die Angelegenheite Der Bund übernimmt zwar Studierenden. Die Studiere das BAföG, an denen St können und Beratung erhanotwendige Lohnsteigerur Verwaltungskostenerstatt.	Ansatz It. HH 2019  22.200.000 Euro  sind zuständig für die Förderung der sozialen, ellen Belange der Studierenden. Darunter fallen en des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, die Kosten der tatsächlichen Zahlungen an die endenwerke in NRW fungieren aber als Ämter für udierende einen Antrag auf Leistungen stellen alten. Weiter gestiegene Studierendenzahlen und ngen führen zu einem höheren Bedarf für die ung, für die das Land zuständig ist. Die letzte 18 deckte den Bedarf nicht vollständig ab.	HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abst	immungsergebnis
	SPD GRÜNE	Kapitel 06 027 Titelgruppe 70	Allgemeine Studierendenförderung Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts	Votum W abgelehn	
		Titel 684 70  Erhöhung des Baransatzes	Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben	CDU SPD FDP GRÜNE	nein ja nein ja
		2020	Ansatz It. HH 2019	AfD	ja
		von 40.500.000 Euro um 15.000.000 Euro auf 55.500.000 Euro	40.500.000 Euro	HFA abgelehn	t
		Begründung:		CDU SPD FDP	nein ja nein
		Die Studierendenwerke sit wirtschaftlichen und kulture gut ausgestattete Studierer Hochschulinfrastruktur gastudierendenwerke in den größeren finanziellen Be	nd zuständig für die Förderung der sozialen, ellen Belange der Studierenden. Nur finanziell ndenwerke können dauerhaft eine gute soziale arantieren. Da die Grundfinanzierung der letzten Jahren nicht erhöht wurde, führt dies zu elastungen der Studierenden durch stetig und höhere Kosten der Versorgung in den	GRÜNE AfD	ja ja

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimm	nungsergebnis
	AfD	Erhöhung des Baransa  HH 2020  Von 40 500 000 Euro um 15 000 000 Euro auf 55 500 000 Euro  Begründung: Durch faktische Mittelk	Ansatz It. HH 2019 0 40 500 000 Euro co	abgestimm	nein nein nein nein ja digt (nicht mehr t im HFA wegen

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abst	immungsergebnis
	AfD	Kapitel 06 030 Titel 686 52	Landesanteil an der Programmförderung des Institute for Environment an Human Security der United Nations University (UNU-EHS) in Bonn	Votum Wi abgelehnt	
		Absenkung des Bar	ransatzes	CDU SPD FDP	nein nein nein
		<b>2019</b> von 400.000 Eur um 200.000 Eur		GRÜNE AfD	nein ja
		auf 200.000 Eu		HFA abgelehnt	t.
		Begründung: Reduzierung auf de	en Ansatz von 2017.	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein ja

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abst	immungsergebnis
	AfD	Kapitel 06 040 Fo	orschungsförderung	Votum W abgelehn	
		Neuer Titel			
		Anbringung des Baransa	atzes	CDU SPD FDP	nein nein nein
		2020	Ansatz It. HH 2019	GRÜNE	nein
		von - Euro	- Euro	AfD	ja
		um 211.000 Euro auf 211.000 Euro			
				HFA abgelehn	t
		Begründung:			
		,	v.emf-portal.org) wurde 2005 mit finanzieller		nein
		J	ndesamtes für Strahlenschutz mit dem Ziel	SPD	nein
		7	schaftliche Forschungsergebnisse und n zu einen Wirkungen von elektromagnetischen	FDP GRÜNE	nein nein
		<u> </u>	heit zu recherchieren, zu sammeln und öffentlich	AfD	ja
			Das EMF-Portal dient nicht nur Wissenschaftlern	/ (10	ju
		0 0	m, sondern auch interessierten Bürgern,		
		Entscheidungsträgern ur	nd der Presse. Es wird seit vielen Jahren von der		
		WHO als Referenzdaten	ibank emptohlen.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	Kapitel 06 040 Titelgruppe 65 Titel 685 65	Forschungsförderung Ausgaben für das Rückkehrprogramm des hoch qualifizierten Forschungsnachwuchses aus dem Ausland Zuschüsse an Hochschulen für laufende Zwecke	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		Reduzierung des Barans	atzes	HFA abgelehnt
		2020 von 4.400.000 Euro um 1.777.000 Euro auf 2.623.000 Euro	Ansatz It. HH 2019 3.625.000 Euro	CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		Begründung: Reduzierung auf den Ans	satz von 2017.	

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 042 Titel 685 12	Finanzierungshilfen für Johannes-Rau- Forschungsinstitute Bonn International Center for Conversion GmbH (BICC)	Votum W abgelehn	
		Erhöhung des Baran	, ,	CDU SPD FDP	nein ja nein
		HH 2020 von 1.030.000 Eu um 30.900 Eu		GRÜNE AfD	ja nein
		auf 1.060.900 Eu  Begründung:	ro	HFA abgelehn	t
		geschlossen und s Forschungsgemeins außeruniversitären Gemeinschaft (HGF (MPG). Die vierte F Forschung und Inno	haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) eitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche chaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die isationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein ja nein
		Forschungsreinrichtu zuteilwerden. Sie leis	ing der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) sten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.		

rag der ktion/en	Antrag		
HH 2020 von 30 um auf 32  Begründu (PFI) gesc Forschung außerunive Gemeinsch (MPG). Di Forschung Wissensch  Eine solch Forschung zuteilwerde	Forschungsinstitute	abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  CDU nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt  CDU nein GRÜNE ja AfD nein  SPD ja FDP nein GRÜNE ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein  GRÜNE ja AfD nein	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	
	SPD	Kapitel 06 042  Titel 686 14  Erhöhung des Bara  HH 2020  von 648.900 E  um 19.467 E  auf 668.367 E	Ansatz It. HH 2019 uro 648.900 Euro uro	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt
		geschlossen und Forschungsgemein außeruniversitären Gemeinschaft (HG (MPG). Die vierte Forschung und Inne Wissenschaftsorga Eine solche Steige Forschungsreinrich zuteilwerden. Sie	haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche schaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-F), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für ovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die nisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.  erung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten stungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) leisten einen wichtigen Beitrag bei der Betrachtung aktueller nnischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

rag der ktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
HH 2020 von 978 um 29 auf 1.00.  Begründun Bund und geschlosser Forschungs außeruniver Gemeinscha (MPG). Die Forschung u Wissenscha Eine solche Forschungs zuteilwerder	Forschungsinstitute Forschungsinstitute für Rationalisierung e. V. an der RWTH Aachen (FIR)  es Baransatzes  Ansatz It. HH 2019  978.500 Euro 978.55 Euro  7855 Euro	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimi	mungsergebnis
	SPD	geschlossen und Forschungsgemein außeruniversitären Gemeinschaft (HG (MPG). Die vierte Forschung und Inne Wissenschaftsorga Eine solche Steige Forschungsreinrich zuteilwerden. Sie	Ansatz It. HH 2019 uro 1.050.600 Euro uro	Votum Wi abgelehm CDU SPD FDP GRÜNE AfD HFA abgelehm CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein ja nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
Anuays	SPD	geschlossen und s Forschungsgemeins außeruniversitären Gemeinschaft (HGF (MPG). Die vierte I Forschung und Inno Wissenschaftsorgan Eine solche Steiger	Ansatz It. HH 2019 412.000 Euro  haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) eitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche schaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz- E), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die eisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.  ung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		zuteilwerden. Sie	ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstim	mungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 042 Titel 686 18	Finanzierungshilfen für Johannes-Rau- Forschungsinstitute		Votum WissA abgelehnt	
		Erhöhung des Baran	Zentrum für Brennstoffzellen Technik GmbH (ZBT)  nsatzes	CDU SPD FDP	nein ja nein	
		HH 2020 von 1.339.000 Eu um 40.170 Eu auf 1.379.170 Eu	ro	GRÜNE AfD	ja nein	
		Begründung: Bund und Länder I geschlossen und s Forschungsgemeins außeruniversitären Gemeinschaft (HGF (MPG). Die vierte Forschung und Inno Wissenschaftsorgan Eine solche Steiger Forschungsreinricht zuteilwerden. Sie I	haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) eitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche chaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die isationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. ung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) eisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	HFA abgelehm CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein ja nein	

	ag der ion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
SI	um 67.0 auf 2.302.0  Begründung: (PFI) geschlos Forschungsge außeruniversit Gemeinschaft (MPG). Die v Forschung und Wissenschafts  Eine solche S Forschungsrei zuteilwerden.	Forschungsinstitute Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	Forschungsinstitute Titel 686 20 Entwicklungszentru Transportsystem e.  Erhöhung des Baransatzes  HH 2020 Ansar	Ansatz It. HH 2019 uro 597.400 Euro uro	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt	
		Bund und Länder geschlossen und Forschungsgemein außeruniversitären Gemeinschaft (HG (MPG). Die vierte Forschung und Inne Wissenschaftsorga Eine solche Steige Forschungsreinrich zuteilwerden. Sie	haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche schaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-F), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für ovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die nisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.  erung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten tungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nnischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 042  Titel 686 21  Erhöhung des Barar  HH 2020  von 515.000 Eu  um 15.450 Eu  auf 530.450 Eu	Ansatz It. HH 2019 siro 515.000 Euro siro	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt
		(PFI) geschlossen ut Forschungsgemeins außeruniversitären Gemeinschaft (HGF (MPG). Die vierte I Forschung und Inno Wissenschaftsorgan Eine solche Steiger Forschungsreinricht zuteilwerden. Sie	und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche schaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-F), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die hisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.  Fung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimr	nungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 042 Titel 686 22	Finanzierungshilfen für Johannes-Rau- Forschungsinstitute Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH	Votum Wi abgelehn	DU nein
		Erhöhung des Barar	nsatzes	CDU SPD FDP	ja nein
		<b>HH 2020</b> von 515.000 Eu um 15.450 Eu		GRÜNE AfD	•
		auf 530.450 Eu  Begründung:	ro	HFA abgelehn	t
		Bund und Länder geschlossen und s Forschungsgemeins außeruniversitären Gemeinschaft (HGF (MPG). Die vierte Forschung und Inno	haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) eitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche chaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtzt), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die isationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein ja nein
		Forschungsreinrichte zuteilwerden. Sie	ung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller nischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 042  Titel 686 23  Erhöhung des Barans  HH 2020  von 515.000 Eur  um 15.450 Eur auf 530.450 Eur	Ansatz It. HH 2019 TO 515.000 Euro	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt
		geschlossen und se Forschungsgemeinschaftsern Gemeinschaft (HGF) (MPG). Die vierte Forschung und Innov Wissenschaftsorgani Eine solche Steigeru Forschungsreinrichtu zuteilwerden. Sie le	naben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) eitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche chaft (DFG) und die vier großen Organisationen der Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-1, Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft ortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für vation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die sationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.  Jung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten ungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) eisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstim	mungsergebnis
	AfD	Kapitel 06 050 ggf. Titelgruppe 60 Titel 685 60 Reduzierung des Bar HH 2020 von 16.135.700 Eur um 461.900 Eur auf 15.673.800 Eur	Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege  ransatzes  Ansatz It. HH 2019  14.834.800 Euro	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein nein ja
			Vorhaben in der Musik zur Interkulturalität in die Förderung eht nicht. Auch Flüchtlinge sind in die bestehenden NRW egrieren.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstim	mungsergebnis
	AfD	Ansatz It. HH 2019 7.408.500 Euro	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein ja

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstim	mungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 61  Titel 893 61 Erhöhung des Bara	Förderung von Zwecken der Bildenden Kunst einschließlich Kunsthaus NRW, der Medienkunst und der Filmkultur Zuschüsse für Investition an Sonstige im Inland	abgelehm CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein nein
		den wirtschaftlicher bedeutende Orte d wichtigen Beitrag Stadtgesellschaft le Gleichzeitig sind existenziell bedroh ist ein irreversibles und das Wegfalle erwarten.	nd elementar für die Sichtbarkeit, gesellschaftliche Relevanz und Erfolg deutscher und kulturell anspruchsvoller Filme. Sie stellen er Kunst, Bildung, Vermittlung und Kommunikation dar, die einen zur Begegnung und zur kulturellen Diversität einer		

|--|

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 61  Titel 686 61 Erhöhung des Baran HH 2020	Ansatz It. HH 2019	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein nein
		öffentlichen Darstell	uro		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	AfD	Kapitel 06 050 ggf. Titelgruppe 62 Titel 686 62 Reduzierung des Bar	Kulturförderung Theaterförderung Zuschüsse an Landestheater und das rheinischwestfälische Theaterwesen ansatzes	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nt nein nein nein nein ja
		von 29.840.200 Euro um 4.292.600 Euro auf 25.547.600 Euro Begründung: Eine Finanzierung de Gesamtkonzept ist nic	o o r "Freien Szene" aus Landesmitteln durch das neue		<b>J-</b>

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 63 Titel 633 63	Kulturförderung Förderung des Bibliothekswesen, der Literatur und des Erhalts von Kulturgütern Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	abgelehn CDU SPD FDP	t nein ja nein
		Erhöhung des Bara	ansatzes	GRÜNE AfD	nein ja
		von 1.822.000 E um 3.000.000 E auf 4.822.000 E	uro		
		Mittel in Höhe von 2 Personal eingese bereitgestellt werde Öffentliche Musikb sind wichtige Partn Musikbestände zu	Bibliotheksstärkungsoffensive muss nun umgesetzt werden. Die 2,5 Mio. € dienen den zusätzlichen Öffnungszeiten, für die sowohl tzt als auch Angebote für Besucherinnen und Besucher en müssen. ibliotheken, in der Regel Abteilungen öffentlicher Bibliotheken, her musikalischer Bildungseinrichtungen. Allerdings werden ihre nehmend reduziert oder aufgelöst, Personalstellen nicht mehr setzt und es mangelt an technischer Ausstattung für die digitale		
		Gerade in den aktu für NRW sollten Mu	ellen Diskussionen um "Dritte Orte" und um ein Bibliotheksgesetz usikbibliotheken, und ihr Potential für die kulturelle Bildung, einen atz finden. Dafür sind 0,5 Mio. € vorgesehen.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	AfD	Kapitel 06 050 ggf. Titelgruppe 63 Titel 633 63  Kulturförderung Ges Bibliothekswesens, der Literatur und des Erhalts von Kulturgütern Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände  Erhöhung des Baransatzes	abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja	
		von 1.822.000 Euro 1.822.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 4.822.000 Euro  Begründung: Dank des neuen Bibliothekstärkungsgesetzes (Drucksache 17/5637) dürfen Bibliotheken auch sonntags öffnen. Dieses Angebot steigert nicht nur die Attraktivität der öffentlichen Bibliotheken, sondern schafft auch neue Herausforderungen, die bewältigt werden müssen wie zusätzliche Öffnungszeiten, die Ausstattung für automatische Ausleihen als auch zusätzlichen Personalbedarf.  Viele öffentliche Bibliotheken leiden unter veralteten Bücherbeständen. Bibliotheken haben zu geringe Mittel für eine zeitnahe Aktualisierung.  Der Zustand der Musikbibliotheken ist noch trauriger: In den letzten zwanzig Jahren wurden keine zusätzlichen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Rahmenbedingungen der öffentlichen Musikbibliotheken sind vielerorts desaströs;		

Bestände werden reduziert oder aufgelöst, Bibliotheksstellen nicht oder fachfremd besetzt.	
Neue Projekte wie zum Beispiel "Dritte Orte" müssen eine Lokomotive für die Transformation der Bibliotheken von einem Ort der Ausleihe in einen modernen freundlichen Freizeitort sein. Diese Anforderungen sollte die Finanzierung des Projektes berücksichtigen.	

Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstim	mungsergebnis
SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 66  Titel 686 66  Erhöhung des Bara	Kulturförderung Allgemeine und regionale Kulturförderung, internationaler Kulturaustausch und innovative Entwicklungen in Kultur Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein nein
	<ul> <li>Zur Unterstüller zumer mehr Kulturletzten Jahren Zuflund Künstler aus der Bühne bieten müstlenen, die erhöhte finanzieren.</li> <li>Unterstützund zusätzlichen Miterstützung der Susätzlichen Miterstütz</li></ul>	uro		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	AfD		Ansatz It. HH 2019 7.299.500 Euro o er Akteure der "Freien Szene" und eine Ausweitung der allg. die "Zielgruppe Geflüchtete" durch die Projektförderung	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein ja

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	AfD	Kapitel 06 050 ggf. Titelgruppe 66 Allgemeine und regionale Kulturförderung, internationaler Kulturaustausch und innovative Entwicklungen in der Kultur	abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja	
		HH 2020  von 17.185.900 Euro  um 1.250.000 Euro  auf 15.935.900 Euro  Begründung:  Eine Notwendigkeit Kunst- und Kulturprojekten, die der Integration von geflüchteten Menschen dienen, in die Förderung einzubeziehen besteht nicht.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag			Abstimmungsergebnis		
	SPD	und Kunsthallen meinmalig zur Verfinvestitionsfond we Ertüchtigung der Kunstvereine und Fauch für Menscher	Ansatz It. HH 2019 uro 5.228.000 Euro uro	abgelehm CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein Enthaltung		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 68  Titel 686 68 Erhöhung des Barans  HH 2020 von 51.975.300 Euro um 5.000.000 Euro auf 56.975.300 Euro	Ansatz It. HH 2019 0 49.262.500 Euro 0	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein nein	
			ient der örtlichen und zeitlichen Ausweitung der Projektes rerbesserung und Reduzierung der Beiträge für die r.			

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis		
	SPD	Kapitel 06 050 Titelgruppe 69 Titel 686 69 Stärkungsinitiative Kultur Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Reduzierung des Baransatzes	abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE nein		
		HH 2020 Ansatz It. HH 2019 von 20.254.800 Euro 20.000.000 Euro um 19.190.000 Euro auf 1.064.800 Euro	AfD Enthaltung		
		Begründung: Die Mittel werden auf einzelne Titel im Haushalt verteilt und nicht zentral veranschlagt.			
		Eine Anpassung der Bezüge an aktuelle Tarifsätze von Beschäftigten kultureller Einrichtungen, die institutionell vom Land gefördert werden, ist unbedingt erforderlich. Daher fordern wir eine Tarifsteigerung für alle institutionell geförderten Einrichtungen. Dafür sind 1 Millionen Euro vorgesehen.			

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis		
	AfD	Kapitel 06 050 Kulturförderung ggf. Titelgruppe 69 Stärkungsinitiative Kultur  Erhöhung des Baransatzes  HH 2020 Ansatz It. HH 2019 von 32.005.800 Euro 40.000.000 Euro um 3.000.000 Euro auf 35.005.800 Euro  Begründung: Für NRW ist es von besonderer Bedeutung Museen als Kulturorte mit niedrigschwelligem Zugang einzurichten. Investitionen in Museen, insbesondere im Investitionsprogramm Museen, sind daher zu erhöhen.  Im Haushaltsjahr 2019 waren bis zu 3 Mio. EUR für dieses Programm vorgesehen. Gemäß Haushaltsplan 2020 soll diese Finanzierung, trotz anhaltender struktureller Erfordernis, komplett gestrichen werden. Viele Museen müssen nicht nur die Gebäude sondern auch Ausstellungs- und Lagerbereiche dringend sanieren und modernisieren.  Dieses zusätzliche Geld stärkt die Museen in Nordrhein-Westfalen bei der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben.	abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis		
	SPD	Kapitel 06 051  Titelgruppe 63  Titel 684 63  Erhöhung des Bara	gesetzliche Leistungen nach StrRehaG, Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG, Aufwendungen für den Landesbeirat und den Landesbeauftragten für Vertriebene und Aussiedler Durchführung von Aufgaben nach § 96 Bundesvertriebenengesetz Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen	abgelehr CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein nein ja	
		HH 2020 von 1.010.000 E um 190.000 E auf 1.200.00 E	uro			
		/Modernisierungsar kaum erneuert wo Veränderungen der dass die Ausstattur usw.) angepasst	chen 190.000€ sollen 140.000€ einmalig in Sanierungsbeiten fließen. Seit Eröffnung des Hauses (1963) ist das GHH orden, es wurden lediglich Teilreparaturen bzw. begrenzte r Ausstattung vorgenommen. Daher ist es dringend erforderlich, ngen den heutigen Ansprüchen (neue Medien, Raumgestaltung, werden. Weitere 20.000€ sind jährlich für Personalkosten 00€ für jährliche Veranstaltungsplanung.			

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 070 Titel 684 20  Erhöhung des Baran  HH 2020 von 2.809.700 Eur um 1.000.000 Eur auf 3.809.700 Eur	Ansatz It. HH 2019 3.134.700 Euro	Votum HPA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein  HFA abgelehnt	
		Begründung: Vor dem Hintergrund erstmaligen Direktwa politischen Bildungsr	d der anstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2020 und der ahl des Ruhrparlamentes soll die Erhöhung des Baransatzes naßnahmen dienen.  die aufsuchende Bildungsarbeit unterstützt werden und	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis		
	SPD	Kapitel 06 070 Titel 684 21	Landeszentrale für politische Bildung Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit	Votum HI abgelehn		
				CDU	nein	
		Erhöhung des Barar	nsatzes	SPD FDP	ja nein	
		HH 2020	Ansatz It. HH 2019	GRÜNE	ja	
		von 3.553.400 Eu um 100.000 Eu auf 3.653.400 Eu	ıro	AfD	nein	
				HFA		
		Begründung:		abgelehn	t	
			it breiter Mehrheit am 14. Mai 2019 die Drucksache 17/6245			
			n wird die Landesregierung beauftragt, jährlich einen vorzulegen. Die Erhöhung des Baransatzes soll zur	CDU SPD	nein	
			vorzulegen. Die Emonung des Baransatzes son zur /issenschaftler*Innen dienen.	FDP	ja nein	
		Deaditragang von vi	Visseriation inner dienen.	GRÜNE	ja	
				AfD	nein	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 070 Titel 684 22	Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus	Votum HP abgelehnt	
		Erhöhung des Baran	satzes	CDU SPD	nein ja
		<b>HH 2020</b> von 3.150.000 Eur	Ansatz It. HH 2019 ro 3.150.000 Euro	FDP GRÜNE AfD	nein ja nein
		um 1.750.000 Eur auf 4.900.000 Eur	ro	HFA	Heili
		Begründung:		abgelehnt	t
		lokalen Handlungsko	elt es sich um kommunale Fördermittel zur Erarbeitung von onzepten gegen Rechtsextremismus. Kreise und kreisfreie	CDU SPD	nein ja
		den Mitteln. Die Gr	m die Mittel bewerben. Derzeit profitieren aber nur rund 25 von rundförderung soll von 70.000 Euro auf 100.000 Euro pro	FDP GRÜNE	nein ja
		Städte ausgeweitet w	ne steigen sowie auf weitere 10 Kreise und/oder kreisfreie verden.	AfD	nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag			Abstimmungsergebnis		
	AfD	Kapitel 06 070 Titel 684 22	Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus	Votum HF abgelehnt			
		Reduzierung des Bara	ansatzes	CDU SPD FDP	nein nein nein		
		HH 2020 von 3.150.000 Euro um 3.150.000 Euro auf 0 Euro		GRÜNE AfD	nein ja		
		Verwendung der Mitte Islamismus / Salafism Die Beratungsleistung mit dem Titel 686 10 a die Gefahren, die vom ausgehen, eine s Mittelverwendung geigleichgelagerten Gerücksichtigung der i	duzierung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die el im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen us ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Jen gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden bereits ausreichend berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass in Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Salafismus signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der rade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd Gefährdungspotentials und unter weitergehender im Titel 686 10 zweckgebundenen Mittel i.H.v. 1.844.600 Euro mit ersatzlos zu streichen.	abgelehnt CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein ja		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis	
	AfD	Kapitel 06 070 Titel 684 23	Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus	Votum HPA abgelehnt	
		Verwendung der Mir Salafismus ausgewausgegangen, dass und dem Salafismus bei der Mittelverwannähernd gleichge Berücksichtigung de die Gefahren, die	Ansatz It. HH 2019 250.000 Euro  Streichung trägt dem Gedanken Rechnung, dass die ttel im Kampf gegen Extremismus und verfassungsfeindlichen vogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung endung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines elagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender es Umstandes, dass die Beratungsleistungen im Übrigen auch vom Islamismus ausgehen, abbilden sollten, erscheint es reise einen neuen Titel einzuführen der die Beratungsleistungen	CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja  HFA abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	AfD	Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 24 Beratungsleistungen gegen Islamismus	Votum HPA abgelehnt	
		Einführung eines neuen Titels  HH 2020  von 0 Euro 0 Euro  0 Euro	CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein	
		um 1.700.000 Euro  Begründung: Die Einführung eines neuen Titels trägt dem Gedanken Rechnung, dass die Verwendung der Mittel im Kampf gegen Extremismus ausgewogen und sachgerecht zu erfolgen hat. Es wird davon ausgegangen, dass die Gefahren, die vom Rechtsextremismus, Linksextremismus und dem Islamismus ausgehen, eine signifikant unterschiedliche Berücksichtigung bei der Mittelverwendung gerade nicht indizieren. Bei der Annahme eines annähernd gleichgelagerten Gefährdungspotentials und unter weitergehender Berücksichtigung des Umstandes, dass die Beratungsleistungen im Übrigen auch die Gefahren, die vom Islamismus ausgehen, abbilden sollten, erscheint es angebracht, ersatzweise einen neuen Titel einzuführen der Beratungsleistungen gegen Islamismus abbildet. Im Hinblick auf die Ansätze bei den Titeln gegen Rechtsextremismus und Linksextremismus ergibt sich rechnerisch hierfür ein Betrag i.H.v. 1.700.000 Euro.	AfD ja  HFA abgelehnt  CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis			
AfD	AfD	Kapitel 06 070 Titel 684 25		e für politische Bildung tungen gegen Linksextremi	smus	Votum H	
			CDU SPD	nein nein			
		HH 2020		Ansatz It. HH 2019		FDP	nein
				0 Euro		GRÜNE	nein
		um 1.700.000 E auf 1.700.000 E				AfD	ja
		dass die Verwend	lung der Mittel im I	leuen Titels trägt dem Gedar Kampf gegen Extremismus Ilgen hat. Es wird davon aus	und Islamismus	HFA abgelehn	t
		·		mus, Linksextremismus und		CDU	nein
			•	erschiedliche Berücksichtig	•	SPD	nein
		<u> </u>	•	ieren. Bei der Annahme ei		FDP GRÜNE	nein
			der Beratungsle	als, erscheint es angebrach istungen gegen Linksextre	•	AfD	nein ja

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmung	ısergebnis	
		SPD	Kapitel 06 070 Titelgruppe 80  Titel 684 80  Erhöhung des Bara	Landeszentrale für politische Bildung Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	SPD ja FDP n GRÜNE ja	nein a nein a Enth.
		Baransatzes soll Grundförderung (u erhebliche positive	uro	HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein	ı	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag			mungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 070 Titel 686 10	Landeszentrale für politische Bildung Zuschüsse im Rahmen des Programms "Demokratie Leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit	Votum HI abgelehn CDU SPD	
		Erhöhung des Barar	nsatzes	FDP GRÜNE	nein Enth.
		HH 2020 von 1.844.600 Eu um 2.000.000 Eu auf 3.844.600 Eu	iro	AfD <b>HFA</b>	nein
		Begründung:		abgelehn	nt
		Die Landesregierung mit dem Handlungs Mittel genutzt werde weiterer Akteure zu	g soll einen Runden Tisch gegen Rechtsextremismus einrichten snotwendigkeiten erarbeitet werden sollen. Zudem sollen die en, um die Arbeit von Opfer- und Ausstiegsberatungen sowie finanzieren. Initiativen in Schulen und Bildungseinrichtungen, Rassismus – Schule mit Courage" sollen gestärkt und den.	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein ja nein Enthaltung nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	Kapitel 06 100 Titel 685 56 139 Diversity-Management an Hochschulen	abgelehnt  CDU nein SPD nein
		Absenkung des Baransatzes	FDP nein GRÜNE nein
		2020 Ansatz It. HH 2019 von 210.000 Euro 210.000 Euro um 210.000 Euro auf 0 Euro	AfD ja
		Begründung:  Zentrale strategische Aufgabe eines Studiums ist die Vermittlung Inhalten und nicht die Herstellung von Ideologie getrieb "Bildungsgerechtigkeit" durch ein Diversity-Management.	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abs	timmungsergebnis
	AfD	Kapitel 06 100 Hochschule allgemein		abgelehn	nt
		Titelgruppen 73 Förderung der Gleichstel  Absenkung des Baransatzes	lung an Hochschulen	CDU SPD FDP GRÜNE AfD	nein nein nein nein ja
			<b>tz It. HH 2019</b> 290.000 Euro	7.11.2	ju
		Die Zielvorgabe erfordert keinen derartigen hinaus haben wir in diesem Land Gleichberechtig			

## Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	Titelgruppe 73 F H Titel 686 73 A	Hochschulen Allgemein Förderung der Gleichstellung an den Hochschulen Ausgaben für Gleichstellung im Hochschulbereich	Votum WissA abgelehnt  CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		2020 von 790.000 Euro um 680.000 Euro auf 1.470.000 Euro  Anbringung einer Verpflichtung	Ansatz It. HH 2019 790.000 Euro	HFA abgelehnt  CDU nein SPD Enthaltung FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		auf 3.000.000 Euro  Begründung: Neben Maßnahmen zur S Spitzenpositionen des Wissen Koordinierungsstelle und F	Steigerung der Wissenschaftlerinnen in ischaftssystems werden aus diesem Titel die Projekte des Netzwerks Frauen- und W sowie die Koordinierungsstelle der	AID Nein

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und	
der Universitätskliniken des Landes finanziert.	
Die Erhöhung dient der Anpassung an den langjährigen Bedarf	
(gemitteltes IST aus drei Jahren). Sie dient vor allem der ausreichenden	
Finanzierung der Mitarbeiterinnen in den Koordinierungsstellen und	
ermöglicht zusätzliche Sachmittel für die Koordinierungsstellen. Die	
Verpflichtungsermächtigung dient dazu, dass die Landesregierung die	
Mittel den Koordinierungsstellen für mehrere Jahre zusagen kann, damit	
der bürokratische Aufwand reduziert wird.	

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Antrag	Abstimmungsergebni	
		SPD	Kapitel 06 100 Titelgruppe 73 Titel 686 73	Hochschulen Allgemein Förderung der Gleichstellung an den Hochschulen Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben	Votum WissA abgelehnt
		Erhöhung des Barar	nsatzes	CDU nein SPD ja FDP nein	
		HH 2020	Ansatz It. HH 2019	GRÜNE ja	
		von 790.000Eur um 59.000 Eu		AfD nein	
		auf 849.000 Eu		HFA	
				abgelehnt	
		Begründung:			
		in Höhe von 59.000 sowie Sachkosten NRW engagieren sigeschlechtergered Geschäftsstelle de Titelgruppe 73 fina Jahr 2015 sind für (nicht direkt aus de für eine 0,75 TV-L zur Unterstützung	wartet für das Haushaltsjahr 2020 in der Summe Kosten 0 Euro, davon Personalkosten in Höhe von 54.000 Euro, in Höhe von 5.000 Euro. Die Sprecherinnen der LaKof sich neben ihrem regulären Amt als auftragte an ihren Hochschulen für eine hte Landespolitik. Dabei werden sie von der r LaKof NRW unterstützt, die mit aus den Mitteln der anziert wird. Zum jetzigen Zeitpunkt und bereits seit dem die Geschäftsstelle konstant 47.660 Euro veranschlagt er Titelgruppe ersichtlich). Ursprünglich war dieser Betrag 13 Stelle (44.600 Euro), sowie Sachkosten (3.000 Euro) vorgesehen. Aufgrund der zwischenzeitlichen egen jedoch bereits die Personalkosten im Haushaltsjahr	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein	

2020 über diesem Betrag. Aufgrund des Haushaltsvorbehalts kann die Geschäftsstelle zusätzlich nur sehr befristet besetzt werden. Strukturell nehmen die Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen eine dem Personalrat ähnliche Funktion war. Im Vergleich erhält jedoch die Landespersonalrätekonferenz erheblich höhere Zuschüsse um ihre Arbeitsfähigkeit zu garantierten. So stehen der LPK 230.000 Euro an Personalkosten zur Freistellung der Sprecher und Sprecherinnen (Titelgruppe 671 10) und weitere 70.000 Euro für den Aufwand der Geschäftsstelle (Titelgruppe 70.000) zu. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen und die Landesarbeitsgemeinschaften der Beauftragten für die Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung erhalten jeweils 90.000 Euro an Personalkosten (Titelgruppe 671 20 und 671 21) und 89.700 Euro bzw. 89.000 Euro an Zuschüssen für den Aufwand der Geschäftsstelle (Titelgruppe 686 20 und 686 22). Die Sprecherinnen der LaKof NRW hingegen übernehmen dieses Amt neben ihrem Hauptamt als Gleichstellungsbeauftragte an ihren Hochschulen ohne Freistellung. Eine Unterstützung seitens der Geschäftsstelle ist daher von besonders großer Notwendigkeit.

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	SPD	Kapitel 06 100 Hochschulen allgemein Titel 68 420 Zuschüsse für staatlich anerkannte Hochschulen	Votum WissA abgelehnt	
		HH 2020 von 49.107.600 Euro um 375.000 Euro auf 49.482.600 Euro  Begründung:  Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Mittel im Untertitel 2 zur Besetzung von drei W2-Professuren, samt Versorgungsanteil sowie der notwendigen Sachausstattung im Untertitel 7. Hiermit sollen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, um die vom Land geforderte kapazitäre Aufstockung bestehender Studiengänge "Bildung im Gesundheitswesen", die zum Unterricht an Pflegefachschulen gemäß bundesgesetzlicher Anforderungen berechtigen, zu gewährleisten.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 680 Fachhochschule Bielefeld Titel 68 510 Zuschüsse für den laufenden Betrieb	Votum WissA abgelehnt
		Erhöhung des Baransatzes  HH 2020  von 63.787.800 Euro  um 375.000 Euro  auf 64.162.800 Euro	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		Begründung:  Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Mittel im Untertitel 2 zur Besetzung von drei W2-Professuren, samt Versorgungsanteil sowie der notwendigen Sachausstattung im Untertitel 7. Hiermit sollen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, um die vom Land geforderte kapazitäre Aufstockung bestehender Studiengänge "Bildung im Gesundheitswesen", die zum Unterricht an Pflegefachschulen gemäß bundesgesetzlicher Anforderungen berechtigen, zu gewährleisten.	SPD ja FDP nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 760 Fachhochschule Münster Titel 68 510 Zuschüsse für den laufenden Betrieb	Votum WissA abgelehnt
		Erhöhung des Baransatzes  HH 2020 Ansatz It. HH 2019  von 71.967.900 Euro 66.814.200 Euro  um 375.000 Euro auf 72.342.900 Euro	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		Begründung:  Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Mittel im Untertitel 2 zur Besetzung von drei W2-Professuren, samt Versorgungsanteil sowie der notwendigen Sachausstattung im Untertitel 7. Hiermit sollen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, um die vom Land geforderte kapazitäre Aufstockung bestehender Studiengänge "Bildung im Gesundheitswesen", die zum Unterricht an Pflegefachschulen gemäß bundesgesetzlicher Anforderungen berechtigen, zu gewährleisten.	HFA abgelehnt  CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	Kapitel 06 810 Hochschule für Gesundheit in Bochum Titel 68 510 Zuschüsse für den laufenden Betrieb	Votum WissA abgelehnt
		Erhöhung des Baransatzes  HH 2020 Ansatz It. HH 2019  von 23.852.000 Euro 22.739.400 Euro  um 375.000 Euro auf 24.227.000 Euro	CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein
		Begründung:  Die zusätzlichen Mittel dienen zur Aufstockung der Mittel im Untertitel 2 zur Besetzung von drei W2-Professuren, samt Versorgungsanteil sowie der notwendigen Sachausstattung im Untertitel 7.  Hiermit sollen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, um die vom Land geforderte kapazitäre Aufstockung bestehender Studiengänge "Bildung im Gesundheitswesen", die zum Unterricht an Pflegefachschulen gemäß bundesgesetzlicher Anforderungen berechtigen, zu gewährleisten.	SPD ja FDP nein